



Abstimmungsvorlage

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands («Frontex Referendum»)

Ausgangslage

Die EU rüstet seit 2016 die Grenz- und Küstenwache Frontex mit mehr Personal und technischer Ausrüstung auf, damit die Agentur ihre Aufgaben im Grenz- und Rückkehrbereich besser wahrnehmen kann. An diesem Ausbau muss sich auch die Schweiz beteiligen, weil es sich um eine Schengen-Weiterentwicklung handelt. Der finanzielle Beitrag der Schweiz steigt von ursprünglich 14 Millionen Franken pro Jahr auf rund 61 Millionen Franken pro Jahr bis 2027. Zudem soll die Schweiz Frontex auch mehr Personal zur Verfügung stellen. Frontex-Einsätze unterliegen einem ähnlichen Genehmigungsverfahren wie die Militäreinsätze im Ausland.

Hintergrund

Frontex ist die Grenzschutzagentur der Europäischen Union. Sie wurde 2005 gegründet. Aufgabe der Agentur ist die Bereitstellung von Strafverfolgungsbeamten der Mitgliedstaaten und der assoziierten Schengen-Länder sowie von Schiffen, Flugzeugen und Ausrüstung zur Grenzüberwachung in Gebieten an den Außengrenzen, in denen zusätzliche Unterstützung benötigt wird. Im Fokus der Weiterentwicklung stehen folgende Punkte: 1) Eine ständige personelle Reserve von bis zu 10'000 Grenz- und Küstenschützern soll aufgebaut werden. 2) Im Bereich der Rückkehr soll die technische und operative Unterstützung durch Frontex bei der Identifizierung von Drittstaatsangehörigen und bei der Beschaffung von Reisedokumenten erhöht werden. Frontex soll zudem die freiwillige Rückkehr unterstützen. 3) Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten soll verbessert werden, um die vorgelegten Massnahmen gegen die irreguläre Migration umsetzen zu können. 4) Der Schutz der Grundrechte soll ausgebaut werden.

Die Schweiz unterstützt die Frontex als Schengen-Mitglied seit 2009 finanziell und personell. Der jährliche Beitrag erhöht sich von knapp 24 Millionen Franken für das Jahr 2021 auf voraussichtlich 61 Millionen Franken im Jahr 2027. Massgeblich für den Schweizer Beitrag ist der Finanzierungsschlüssel, der für die ganze Schengen-Weiterentwicklung gilt. Seit 2019 liegt der Beitragssatz der Schweiz bei 4,5 Prozent.

Empfehlung

Nationalrat (136:56) und Ständerat (30:14) haben das Gesetz angenommen. Mitglieder der Mitte, SP und Grüne haben sich z.T. enthalten. Gegen die Gesetzesänderung waren Mitglieder der SVP. Das Referendum wird von vielen unterschiedlichen Organisationen unterstützt, die im Bereich Menschenrechte, Migrationsarbeit und Flüchtlingsarbeit tätig sind (z.B. Solinetz, Migrant Solidarity Network, Ligue suisse des droits de l'Homme etc.)

Pro Text auf Parl.ch	Kontra Frontex Referendum
<ul style="list-style-type: none">• Schengen ist nicht Asylpolitik, sondern eine Frage der Sicherheit. Schengen befasst sich mit der Grenzsicherheit. Frontex ist eine Organisation, die auch den Bereich des Asylwesens in dem Sinne unterstützt, dass Papiere geprüft, legale Papiere beschafft und Rückführungen ermöglicht werden.• Frontex ist ein integraler Bestandteil der Schengen-Zusammenarbeit. Bei der Weiterentwicklung stehen operative Fragen im Vordergrund. Frontex unterstützt die EU-Staaten sowie die assoziierten Staaten wie die Schweiz bei der Verwaltung der Aussengrenzen und bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität.• Um mitzuentcheiden, müssen wir mitmachen. Die Schweiz ist nicht in der Lage, die gesamte Problematik der Migrationspolitik der Europäischen Union allein zu lösen.• Finanzielle Solidarität. Der europäische Grenzschutz gegen Schmuggel, Menschenhandel, Kriminalität usw. ist eine Notwendigkeit. Darum ist es richtig, wenn sich die europäischen Staaten und die Schweiz am Schutz der europäischen Aussengrenze in den Grenzländern des Schengen-Raums beteiligen. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil die finanziellen Möglichkeiten dieser Grenzländer gegenüber unseren deutlich beschränkt sind.• Schengen-Dublin in Gefahr. Eine all-fällige Nichtübernahme einer Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands würde im äussersten Fall die Beendigung der Zusammenarbeit der Abkommen von Schengen insgesamt, und demzufolge auch von Dublin, nach sich ziehen.	<ul style="list-style-type: none">• Frontex wirkt direkt und indirekt an schweren Menschenrechtsverletzungen mit. Dies wird von unzähligen Berichten bestätigt. Eine Untersuchung des EU-Parlamentes zeigt auf, dass die Frontex wissentlich Grundrechtsverletzungen billigt: Frontex habe seine Verantwortung zum Schutz der Grundrechte an Europas Aussengrenzen nicht wahrgenommen. Es besteht also dringender Revisionsbedarf• Eine "Mauer" wird an der Schengen-Aussengrenzen errichtet. Die Menschen, die tatsächlich auf der Flucht sind, werden nicht mehr nach Europa kommen können.• Frontex kämpft mit zahlreichen Problemen. Asylgesuche werden nicht korrekt behandelt und Flüchtlinge illegal zurückgeschickt (Push-Backs). Frontex hat "das Wegschauen professionalisiert".• Keine Rechenschaftspflicht. Die Grenzschutzagentur Frontex verfügt über eine Vielzahl von Kontrollmechanismen, die formell die Einhaltung der Grundrechte garantieren sollten. In der Realität führen diese jedoch weder zu einer verbindlichen Rechenschaftspflicht noch zu einer effektiven Kontrolle der Arbeit an den Grenzen.• Die Frontex kooperiert mit der libyschen Küstenwache. Diese fängt migrantische Boote ab und schleppt sie gewaltsam zurück nach Libyen, wo Migranten unter massiv gewaltvollen Bedingungen festgehalten werden.• Geld für Überwachung statt Rettung im Mittelmeer. Sie unterstützt aktiv die Ausweitung der Luftüberwachung im Mittelmeer, während gleichzeitig die offiziellen Rettungsmissionen immer weiter reduziert werden.